

Abstracts der Aufsätze für das Niedersächsische Jahrbuch 90/2018

Die Einbecker Reimchronik des Henning Schottelius von 1580. Einordnung – Deutungsansätze – Transkription. Von Philip HAAS und Martin SCHÜRRER

Henning Schottelius verfasste um 1580 eine Reimchronik zur Geschichte der Stadt Einbeck. Bei diesem Werk, das innerhalb der historischen Forschung bislang nahezu unbekannt ist, handelt es sich um die früheste weitgehend auf Einbeck fokussierte Geschichtsdarstellung in hochdeutscher Sprache. Das Werk und sein Verfasser sind in ein Netzwerk historisch interessierter Kirchendiener, Professoren und Humanisten zu integrieren, das sich im 16. Jahrhundert im südniedersächsischen Raum bildete und dessen bekanntester Vertreter Johannes Letzner ist. Schottelius erfuhr einen vergleichbaren Bildungsgang wie die Mitglieder dieses Kreises von Historiographen, nutzte gemeinsame Quellen und bewegte sich in ähnlichen Diskursen. Die Eigenleistung seiner Reimchronik ist darin zu sehen, dass er eine historische Deutung und Sinnggebung für die jüngste Vergangenheit Einbecks vornimmt. Der schwere Brand der Stadt im Jahre 1540 wird in ein weltgeschichtliches Panorama eingeordnet und als Opfer für den protestantischen Glauben interpretiert. Zudem erfahren die Unabhängigkeitsbestrebungen Einbecks von der herzoglichen Gewalt im späten 16. Jahrhundert eine historiographische Grundierung.

Leben, Laufbahn, Literatur des Goslarer Ratsschulrektors Johannes Nendorf (1575-1647). Von Clemens Cornelius BRINKMANN

Der ursprünglich aus Verden stammende Johannes Nendorf (1575-1647) übernahm im Jahr 1600 das Rektorat der Ratsschule in Goslar. Anders als viele seiner Kollegen strebte er kein kirchliches Amt an, sondern blieb bis zu seinem Lebensende Rektor der Schule, die unter seiner Leitung insbesondere in den Jahren vor dem Dreißigjährigen Krieg einen Aufschwung erlebte. Durch eine erfolgreiche Lehrtätigkeit, durch Nutzung seiner Verbindungen zum Helmstedter Professor Johannes Caselius (1533-1613), durch schriftstellerische Tätigkeit sowie eine geschickte Heiratspolitik gelang es Nendorf, sich sukzessive in der Reichsstadt zu etablieren und einen bescheidenen Wohlstand zu erreichen. Der Dreißigjährige Krieg zerstörte die Verbindungen zu Studienfreunden an der Academia Iulia, gefährdete zeitweise Lehrtätigkeit und persönliche Existenz des Rektors, bot Nendorf aber andererseits Gelegenheiten, sich als Dichter und Diplomat zu profilieren.

Der Aufklärungsphilosoph Thomas Abbt in Rinteln und Bückeberg. Von Stefan BRÜDERMANN

Der Philosoph Thomas Abbt (1738-1766) war in Rinteln 1761 bis 1765 als Professor für Mathematik an der Universität angestellt, im Dezember 1765 ging er als Hof- und Regierungsrat des Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe nach Bückeberg, wo er schon am 2. November 1766 starb. In Rinteln war er von Beginn an mit seiner Situation unglücklich, haderte mit der kleinen Stadt, seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und seiner sozialen Umgebung. Ausgleich fand er in seinen Briefen an Friedrich Nicolai, Moses Mendelssohn, Justus Möser und andere Freunde und in einer Reise in die Schweiz. Zum Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe fand er über seine in den Schriften „Vom Tode für das Vaterland“ und „Vom Verdienste“ geäußerten Gedanken Zugang, so dass sich ein über

Standesgrenzen hinweg geradezu freundschaftliches und fruchtbares Verhältnis ergab. Die Anstellung in Bückeburg empfand er als Befreiung und wertvolle berufliche Wirkungsmöglichkeit.

Die indischen Verherungen sind von jeher als grausam in der Geschichte bekannt: Brief eines hannoverschen Offiziers aus dem britischen Indien, 1784. Von Chen TZOREF ASHKENAZI

Die vorgelegte Transkription liefert einen Auszug aus dem im März 1784 geschriebenen Brief eines jungen Offiziers des in Indien dienenden 15. hannoverschen Regiments. Das Schreiben ist ein relativ seltenes Exemplar eines im Manuskript erhaltenen, von einem im achtzehnten Jahrhundert in Indien dienenden deutschen Soldaten verfassten Ego-Dokuments. Der Verfasser, Peter Joseph du Plat (1761-1824), war Teil einer 2.000 Mann zählenden Hilfstruppe, die aus zwei Regimentern bestand und von 1782 bis 1792 der britischen EIC in Südindien diente, wo sie zunächst im zweiten Anglo-Mysore Krieg (1780-1784) und später vorzüglich als Garnisontruppe Dienst leistete. In seinem Brief schildert er sowohl die militärischen Ereignisse und Verhältnisse als auch die Lebensbedingungen der Offiziere.

Monarchie ohne Monarch – Das Herzogtum Braunschweig in der Zeit der Regentschaft 1885 bis 1913. Von Henning STEINFÜHRER

Zwischen 1885 und 1913 standen nach dem erbenlosen Tod des letzten Braunschweiger Herzogs Wilhelm mit Albrecht von Preußen (1885-1906) und Johann Albrecht zu Mecklenburg (1907-1913) über nahezu drei Jahrzehnte Regenten an der Spitze des Herzogtums Braunschweig. Der Eintritt der hannoverschen Welfen in das Braunschweiger Erbe wurde durch Preußen bis 1913 verhindert. Beide Regenten haben, wenn überhaupt nur sehr zurückhaltend in die Geschicke des Landes eingegriffen. Sie haben die ihnen potentiell zur Verfügung stehenden politischen Handlungsspielräume ungenutzt und das Herzogtum im Grund sich selbst überlassen. Unter diesen Bedingungen bestimmte eine kleine Schicht von aus dem Lande stammenden „Standespersonen“, die sich aus dem Besitzbürgertum, dem lokalen Adel sowie Amtsträgern rekrutierte, die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Herzogtums. Die eigentlich dringend notwendigen Reformen wurden verschleppt. Das Herzogtum befand sich um 1900 daher in einer Phase politischer Lähmung. Vor diesem Hintergrund werden die großen Hoffnungen, die breite Kreise der Bevölkerung mit dem Regierungsantritt von Herzog Ernst August im November 1913 verbanden, verständlich.

Soldatentod und Kriegsgesellschaft – Eine niedersächsische Stadt zwischen >Augusterlebnis< und totaler Niederlage (Osnabrück 1914-1918). Von Sebastian BONDZIO

Vier Jahre beherrschte der Erste Weltkrieg das Leben der Menschen in den kriegführenden Ländern. Die Fähigkeit der Osnabrücker Zivilgesellschaft, diese lange Dauer auszuhalten, beruhte dabei nicht ausschließlich auf reiner Willenskraft. Daneben waren Eigenschaften des Sterbebegeschehens und damit zusammenhängende Veränderungen der Kriegskultur wesentlich, um die emotionalen Belastungen des Krieges durchstehen zu können. Die Untersuchung des Sterbens der Soldaten aus der Stadt und seiner Übersetzung auf den Stadtraum fordern dazu auf, die quantitative Dimension beider neu zu bewerten. Die Befunde legen außerdem nahe, neben Trauer auch andere Gefühlslagen

in die gesellschaftshistorische Analyse der Kriegsgesellschaft einzubeziehen. Auf diese Weise wird es möglich, die beobachtbaren kulturellen Veränderungen zu erklären und aus der Zusammenschau von Ereignissen, Emotionen und Kultur die Fähigkeit >durchzuhalten< sowie deren Verschwinden zu verstehen.

Durch ganz Deutschland geht das Streben, Kleinsiedlungen und Kriegerheimstätten zu schaffen. Wohnungsbau und Kleinsiedlung in der Stadt Hannover in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. Von Christian HOFFMANN

Mitte 1918 herrschte in den deutschen Großstädten angesichts der grassierenden Wohnungsnot große Sorge vor sozialen Unruhen. Die Stadt Hannover setzte nach Kriegsende zur Lösung dieses Problems auf Siedlungsgenossenschaften, die mit Unterstützung der Kommune ab 1920 in den äußeren Stadtbezirken Eigenheimsiedlungen errichteten. Die bereits vor dem Krieg herrschenden Probleme bei der Baufinanzierung wurden v. a. durch den massiven Währungsverfall der Jahre 1922/23 noch einmal verstärkt. Ab 1924 wurde besonders durch die Bereitstellung von Baukrediten aus der sogenannten Hauszinssteuer in Hannover ein regelrechter Bauboom ausgelöst. Diese Baukonjunktur wiederum fand ein abruptes Ende, als die Reichsregierung im Frühjahr 1931 den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit einer rigiden Sparpolitik zu begegnen suchte, welche auch die Hauszinssteuermittel zum Versiegen brachte. In den Dreißiger Jahren versprach die nationalsozialistische Propaganda insbesondere den Veteranen des Ersten Weltkrieges eine „eigene Scholle“. Vor dem Hintergrund der massiven Wohnraumverluste infolge der alliierten Luftangriffe v. a. im Jahr 1943 reichten die knappen Ressourcen schließlich nur noch für Instandsetzungsarbeiten und Behelfsheimaktionen.

Das „Synagogenarchiv Königsberg“ im Staatlichen Archivlager Göttingen. Der Transfer jüdischen Archivguts von Ostpreußen über Niedersachsen nach Israel – 1933-1959. Von Martin SCHÜRRER

Die jüdische Gemeinde in Königsberg entschloss sich 1933 vor dem Hintergrund der wachsenden Repressalien der Nationalsozialisten, ihre Archivalien dem Schutz des preußischen Staatsarchivs in Königsberg anzuvertrauen. Zusammen mit dem Archivgut des Staatsarchivs gelangte dieser bedeutsame Bestand jüdischer Archivalien nach den Wirren des Krieges aus der sicheren Aufbewahrungsstätte des Salzstollens bei Grasleben nach Goslar und schließlich nach Göttingen, in die Obhut der niedersächsischen Archivverwaltung. Nach Verhandlungen mit Archivaren des jungen Staates Israel wurden die Akten 1959 nach Jerusalem überführt. Der Beitrag beleuchtet mit einem Fokus auf das Schicksal des „Synagogenarchivs Königsberg“ ein Puzzlestück der deutschen und vor allem niedersächsischen Archivgeschichte sowie die besondere Rolle, die das Staatliche Archivlager Göttingen in ihr spielte. Der Umgang mit dem „Synagogenarchiv“ offenbart, wie sich Archivalien zu einem umstrittenen Kulturgut wandeln konnten, und wirft ein Schlaglicht auf die komplizierten Beziehungen der Bundesrepublik zu dem Staat Israel.

Das Niedersächsische Raumordnungsgesetz 1966: Entstehung, Anwendung und Folgen am Beispiel der Stadt Georgsmarienhütte. Von Inge BECHER

Im Mittelpunkt des Beitrages steht das Niedersächsische Raumordnungsgesetz (NROG) aus dem Jahr 1966. Ziel des Gesetzes war, die Kommunen des Landes Niedersachsen von Raumplanern in ein hierarchisch abgestuftes System von >zentralen Orten< einzuteilen, um so eine Entscheidungsgrundlage für die Förderpraxis zu bekommen. Landesplanungsbeiräte mit berufenen Mitgliedern sollten die Arbeit von Raumplanern ergänzen. Für die Kommunen hatten die Einstufungen weitreichende Folgen für ihre Entwicklungschancen. Der Beitrag zeigt, wie begrenzt die Möglichkeiten der Kommunalpolitiker waren, eine vertikale Aushandlung zu führen und Einfluss auf die Einstufung ihrer Kommunen zu nehmen. Sechs Gemeinden südlich von Osnabrück, die dringend ein Industriegebiet ausweisen wollten, aber von jeglicher Förderung ausgeschlossen waren, umgingen die rechtlich bindende Entscheidung von Raumplanern, indem sie sich im Rahmen der Gebiets- und Verwaltungsreform zusammenschlossen und die Stadt Georgsmarienhütte gründeten. Das eröffnete den Kommunalpolitikern weitere Handlungsmöglichkeiten: trotz des Widerstandes von Raumplanern und des Innenministeriums richteten sie das Industriegebiet ein und erwirkten 1973 die Zahlung von Fördergeldern. Dabei wurden sie unterstützt vom Wirtschaftsministerium, das weitaus schneller und flexibler als das Innenministerium auf eine veränderte Wirtschaftslage reagierte.

Es wird weder eine Gesinnungsschnüffelei noch eine Verfolgungskampagne oder eine rigorose Säuberungsaktion stattfinden. Die Umsetzung des „Radikalenerlasses“ in Niedersachsen 1972 bis 1990. Von Wilfried KNAUER

Der Niedersächsische Landtag hatte am 15. Dezember 2016 die Aufarbeitung der Berufsverbotspraxis in Niedersachsen beschlossen: Auf der Grundlage des sogenannten Radikalenerlasses, einer Empfehlung der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers vom 28. Januar 1972, sollten alle Bewerber und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf ihre „Verfassungstreue“ hin überprüft werden. Allein in Niedersachsen wurden so im Zeitraum zwischen 1972 und 1990 über 172.000 Fälle vom Verfassungsschutz überprüft und als Folge über 141 Bewerber für den öffentlichen Dienst abgelehnt. Darüber hinaus wurden 271 Beamte und Angestellte wegen angeblicher mangelnder Verfassungstreue entlassen. Indem der Landtag ausdrücklich dieses „unrühmliche Kapitel“ in der Geschichte Niedersachsens bedauerte und den Betroffenen und ihren Unterstützern Respekt und Anerkennung aussprach, wurde zugleich ein Auftrag zur Aufarbeitung der Geschichte mit dem Ziel der Rehabilitierung der von Berufsverboten Betroffenen vergeben. In einem 12-monatigen Projekt konnten ein nahezu vollständiges biographisches Verzeichnis der von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen erarbeitet sowie die Strukturen und Mechanismen politischer Observation, Dokumentation und Diskriminierung untersucht werden.